

Themenübersicht:

Editorial

- 1. Beschaffungspraxis untergräbt Glaubwürdigkeit**
- 2. Grüner Vorhang, Drahteselband**
- 3. Keine Chance für Antrag gegen Überversorgung Gesetz zur Beamtenversorgung**
- 4. Spitzenplatz bei Kitas ist kein Grund zum Zurücklehnen**
- 5. Internationale Bauausstellung für Thüringen auf steinigem Weg**

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

Temperaturen an die 30 Grad lassen keinen Zweifel – der Sommer ist da. Doch bevor auch die dazugehörigen Ferien beginnen konnten, waren wir noch einmal im Plenum gefragt.

Von verfrühter Urlaubsstimmung war im parlamentarischen Konzert wenig zu spüren. Vielmehr setzte sich die seit einigen Monaten verschärfte Gangart fort. Gerade unser spezieller Freund Wolfgang Fiedler lag wie immer mindestens einen Halbton „dahnebene“. Während wir von den einstigen Blockflöten der CDU eigentlich nichts anderes erwarten, überrascht auch der „Ja-Chor“ aus der SPD immer weniger. Diese Fraktion opfert auch ihre letzte Note dem strammen Marsch der Konservativen.

Unsere Anträge werden so mit verlässlicher Regelmäßigkeit abgebügelt. Diesmal traf es beispielsweise die Änderung des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte, dass nicht einmal in die Ausschüsse überwiesen wurde. Vernünftige Argumente spielten dabei keine Rolle. Es geht um das Prinzip. Was schwarz-rot ist, darf nichts Grünes tragen.

Als Faustregel scheint bei den Regierungsfractionen zu gelten: Je besser der Antrag der Opposition, desto unwahrscheinlicher die Überweisung in den Ausschuss. Dahinter steht schlicht die Angst die eigene Unfähigkeit und Untätigkeit allzu lange vorgehalten zu bekommen.

Untätigkeit war die Regierung übrigens nicht bei der der Stiftung FamilienSinn. Nun plant sie die Änderung des Thüringer Stiftungsgesetzes, des Familienfördergesetzes und die

Änderung der Stiftungssatzung. Alleiniges Ziel: Die eigentlich illegal gegründete Stiftung soll nachträglich legalisiert werden. Besonders ärgerlich dabei ist, dass Ministerin Taubert noch wenige Tage vor Bekanntwerden dieser Fakten im Sozialausschuss erklärte, sie wisse nicht, wie die Zukunft der Stiftung aussehe.

Der Stil dieser Koalition besteht also aus Aussitzen, Wegdrücken und Leugnen. Zu hoffen, dass er sich über die Sommerpause bessert, ist irrig. Dennoch wünsche ich Euch allen sonnige Tage und gute Erholung, ob nun im Urlaub oder zu Hause. Zuvor hier aber noch die neuesten Informationen aus dem Landtag.

Freundlichst

Eure Fraktionsvorsitzende

Anja Siegesmund

1. Beschaffungspraxis untergräbt Glaubwürdigkeit

In den vergangenen Monaten verging kaum eine Woche, in der man nicht neue Presseberichte zur Beschaffungspraxis des Thüringer Innenministeriums lesen konnte. Die so genannte Polizeiwagenaffäre brachte als Stein des Anstoßes so einiges ins Rollen.

„Es geht aber inzwischen nicht mehr nur um die Beschaffung von Polizeifahrzeugen, deren Verwertung, Hubschraubern und untauglichen Blitzgeräten und Schlagstöcken. Es geht um das System der Beschaffung“, sagt der innenpolitische Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dirk Adams. **„Dass gerade im Bereich des Innenministeriums derartige Vorwürfe im Raum stehen, ist ein Desaster. Denn das lässt alle Bürgerinnen und Bürger Thüringens an der Glaubwürdigkeit und Gesetzestreue derjenigen zweifeln, die für die innere Sicherheit und Ordnung des Freistaats zuständig sind.“**

Die grüne Fraktion verlangt eine lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes und die Durchsetzung dich daraus ergebender Konsequenzen. **„Dabei ist vor allem wichtig, dass dieser Prozess zügig vorangetrieben wird und neben den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen auch intern den Vorwürfen nachgegangen wird Konsequenzen gezogen werden“**, schließt Adams.

2. Grüner Vorhang, Drahteselband

Bemerkenswert. Nach fast zwei Jahren wurde der erste Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Bau- und Verkehrsausschuss verwiesen. Darüber freuen sich unsere baupolitische Sprecherin Jennifer Schubert und ihr Referent Matthias Schlegel sehr.

Auf den ersten Blick geht es dabei „nur“ um einen Fahrradweg, der als offizieller Teil der Thüringer Radwegeplanung geadelt werden soll. Doch dieser hat es in sich. Der Iron Curtain Trail, der Weg entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“, kam fast genau 50 Jahre nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 auf die Tagesordnung. Damit hat er nicht nur touristische Bedeutung, sondern symbolisiert nach einem halben Jahrhundert auch den Auftrag an uns alle, die tragische deutsche Geschichte für uns und die nachfolgenden Generationen lebendig zu erhalten und lebensnah zu gestalten.

Was kann das besser leisten, als ein durchgehend ausgeschilderter Fahrradweg von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer? Diesen Ansatz verfolgt Michael Cramer, heute verkehrspolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament schon seit 20 Jahren. Er regte in den 90ern in seiner Heimatstadt Berlin an, die dortige ehemalige Demarkationslinie als Radweg auszuschildern. Als er 2004 in das Europaparlament einzog überzeugte er auch dieses davon, dass ein derartiger Weg auch für die gesamte Grenze zwischen ehemaligem „Ost“ und „West“ das Richtige sei. Der „Iron Curtain Trail“ ist seitdem ein offizielles Projekt der Europäischen Union mit, wenn auch geringen, eigenen Mitteln.

In der Landtagssitzung schlossen sich alle Fraktionen unserem Ansinnen an und nun setzen wir auf eine konstruktive Diskussion in den Ausschüssen für Verkehr und Umwelt. Die kleine Strecke bei Hörschel, die bereits mit dem blauen „ICT“ beschildert ist, soll bald entlang der gesamten 700 Thüringer Kilometer des ehemaligen Todesstreifens ihr Pendant finden. Meist soll dies auf bereits vorhandenen Radwegen geschehen, die nicht immer direkt an der Grenze verlaufen.

Einen weiteren Vorschlag werden wir in den Ausschüssen einbringen: Das Grüne Band, also die Fläche der ehemaligen Grenzbefestigung, die als Biotop erhalten werden konnte, soll den Status eines Nationalen Naturmonumentes bekommen. Denn aus dem Eisernen ist schon lange ein Grüner Vorhang geworden, der seinesgleichen sucht.

3 Keine Chance für Antrag gegen Überversorgung

Privilegien für Bürgermeister und Beigeordnete bleiben bestehen

Wer in einer Thüringer Kommune als Bürgermeister, Landrat oder Beigeordnete hauptamtlich arbeitet, der kann sich nach fünf Jahren darauf verlassen, dass er mindestens 35 Prozent seiner monatlichen Vergütung auch dann bekommt, wenn er aus dem Dienst entlassen wird. Denn das so genannte Ruhegehalt wird dann sofort gezahlt und nicht erst, wenn die Person 65 oder 67 Jahre alt wird.

Der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte diese nicht mehr zu rechtfertigende überhöhte Versorgung stoppen. Wir wollen, dass kommunale Wahlbeamtinnen und -beamte in ihren Tätigkeiten gleich gestellt werden mit den Beamtinnen und Beamten im allgemeinen Dienst und mit den MinisterInnen des Landes. Weitere kleinere Änderungen betrafen noch andere Aspekte für diese insgesamt recht kleine Personengruppe, zu der übrigens von uns Bündnisgrünen in Thüringen auch Mathias Mieth, Holger Hagen-Erdmann, die Eisenacher Baudezernentin Gisela Rexrodt und Carsten Meyer gehören.

Letzterer erläuterte in seiner Rede an einem Beispiel, was die derzeitige Rechtslage bedeutet: Eine kommunale Wahlbeamtin, etwa die Sozialdezernentin von Weimar, erhält derzeit rund 6300 Euro brutto im Monat bei der Besoldungsstufe B2. Dies sind im Versorgungsfall nach fünf Jahren im Fall der Entlassung mindestens 35 Prozent, also etwa 2200 Euro im Monat oder im Jahr rund 26.000 Euro Ruhegehalt. Bei Eintritt in den Ruhestand mit 47 Jahren würden bis zum Eintritt des allgemeinen Rentenalters mit 67 für 20 Jahre deshalb rund eine halbe Million Euro an Ruhegehalt gezahlt. Das Geld erhebt der zuständige Kommunale Versorgungsverband von allen Kommunen in Thüringen.

Dieses Beispiel ist übrigens auch deshalb realistisch, weil weiteres Einkommen nach Entlassung so großzügig angerechnet wird, dass häufig noch das Ruhegehalt zusätzlich gezahlt werden muss.

Auf Betreiben vor allem der Innenpolitiker der CDU wurde unser Gesetzentwurf gegen diese ungerechte Praxis im Landtag sofort abgelehnt. Nicht einmal eine Beratung in den Ausschüssen war gewollt. Es sind eben vorrangig Wahlbeamte mit einem bestimmten Parteibuch, die um ihre Überversorgung fürchten müssen.

4. Spitzenplatz bei Kitas ist kein Grund zum Zurücklehnen

Astrid Rothe-Beinlich fordert die Qualität in den Kitas in den Blick zu nehmen

„Angesichts des von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegten Ländermonitors frühkindliche Bildungssysteme 2011 warnen wir davor, sich im Kita-Bereich zurücklehnen und sich auf den Zahlen auszuruhen. Wer nur quantitative Aspekte der Kita-Nutzung zur Bewertung heranzieht, agiert zu kurzfristig. Denn bei den Betreuungsschlüsseln je pädagogischer Fachkraft landet Thüringen bundesweit nur im hinteren Mittelfeld. Auch bei der Fachberatung und der Umsetzung des Thüringer Bildungsplans sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Angesichts der angedachten massiven Kürzungen bei den Kommunen und dem damit verbundenen Steigen der Elternbeiträge ist zudem zu erwarten, dass die Quote der Inanspruchnahme nicht auf diesem hohen Niveau bleibt“, erläutert unsere bildungspolitische Sprecherin Astrid Rothe-Beinlich.

„Entscheidend muss neben der Inanspruchnahme vor allem die Qualität der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung in den Thüringer Kitas sein, mit der der Grundstein für Chancengleichheit gelegt wird. Daher werben wir für individuelle Förderung schon in den Kitas, mehr Personal und sozial verträgliche Elternbeiträge, um allen Kindern von Anfang an den Besuch in den Kitas zu ermöglichen“, so Rothe-Beinlich weiter.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, endlich Transparenz und Klarheit zu den Elternbeiträgen herzustellen und diese durch das Landesamt für Statistik erheben zu lassen.

5. Internationale Bauausstellung für Thüringen auf steinigem Weg

Bürgerbeteiligung und Parlamentsbeteiligung sind offensichtlich für die Landesregierung nicht selbstverständlich. Das Vorgehen zur geplanten Internationalen Bauausstellung zeigt, dass Landtagsabgeordnete zumindest nicht zu den bevorzugten Gästen der Vorbereitungsgespräche zählten – jedenfalls, wenn sie der Opposition angehörten. Statt einer Einladung erhielten sie auf Nachfrage den Hinweis, dass man doch die Termine in Internet finde.

Auch die Verbände und interessierten Bürgerinnen und Bürger waren alles andere als damit zufrieden, wie das Konzept zur IBA erstellt wurde. Das Ergebnis ist entsprechend dünn. Statt Inhalten erhält das Konzept meist Worthülsen und viele bunte Bilder. Einziger kleiner

Lichtblick ist die Aussage im Konzept, dass die IBA den Wertewandel der Gesellschaft widerspiegeln solle – hin zur Nachhaltigkeit.

Der bündnisgrüne Antrag zur Landtagssitzung forderte deshalb eine bessere Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der nun anstehenden Weiterentwicklung. Die Landesregierung und die Koalitionsparteien waren anderer Meinung. Es sei alles in bester Ordnung und mit der Verteilung des Konzeptes sowie dieser Aussprache sei der Sache genüge getan. Eine Überweisung in den Ausschuss oder regelmäßige Berichterstattung wurde abgelehnt. Da bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als die Landesregierung weiter nachhaltig zu nerven.

Mehr von InfoGRÜN? [Hier](#) sind alle Artikel online.

Genug von InfoGRÜN? InfoGRÜN [abbestellen](#).